Rechtsextreme Jugendgruppen

Radikalisierung erkennen, Betroffene schützen, früh intervenieren

Sie sind teilweise noch keine 14 Jahre alt und schlagen politische Gegner*innen bereits krankenhausreif, zünden deren Treffpunkte an und planen Mord- und Terroranschläge. Rechtsextreme Jugendgruppen sind kein neues Phänomen – so massiv wie jetzt sind sie in Deutschland aber seit den 1990er Jahren nicht mehr in Erscheinung getreten. Über soziale Netzwerke wird dabei ein immer jüngeres Publikum erreicht. **Wer sind diese Gruppen, wie radikalisieren sich die Jugendlichen und was können Schulen, Eltern, Pädagog*innen und politische Verantwortliche dagegen tun?** Darüber geben wir in diesem Flyer einen kurzen Überblick.

Rechtsextreme Jugendgruppen unterscheiden sich in der Art, wie sie organisiert sind und in ihrer Größe deutlich voneinander. Vor allem über soziale Netzwerke sprechen sie ein immer jüngeres Publikum an und fördern Radikalisierungsprozesse, die schnell zu Gewalt führen können. Bedrohungen und Angriffe finden häufig dort statt, wo Jugendliche ihren Alltag verbringen: in der Schule, auf dem Schulweg, in Jugendclubs, an Bahnhöfen und im digitalen Raum. Dadurch entstehen Angsträume und betroffene Jugendliche werden nicht nur bedroht, sondern aus ihrem sozialen Umfeld gedrängt.

Aktuelle Entwicklungen auf einen Blick:

- Laut dem Bundeskriminalamt (BKA) **verdoppelten sich „politisch-rechts" motivierte Straftaten durch 14 bis 17-Jährige** von 2024 im Vergleich zum Vorjahr. Für 2025 beobachtet das BKA einen Anstieg frauen- und queerfeindlicher Straftaten um fast 50 %.
- Das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnet eine zunehmende Verjüngung und Aktionsorientierung im gewaltbereiten Rechtsextremismus. Dabei geraten neben rassistisch motivierten Taten zunehmend queere Menschen und politische Gegner*innen ins Visier rechtsextremer Jugendgruppen.
- **Rechtsextreme Vorfälle an Schulen sind ein alltägliches Phänomen und nehmen bundesweit teils massiv zu.** Sie schaffen Angsträume und schränken die Sicherheit und Bewegungsfreiheit betroffener Jugendlicher ein. So gab es in Hessen einen Anstieg von 39 Fällen (2023) auf 151 Fälle (2024). Expert*innen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus gehen von einer weit höheren Dunkelziffer aus.
- Rechtsextreme Gewalt trifft auch Kinder und Jugendliche. 2025 waren laut Jahresbilanz der Betroffenenberatungsstellen mindestens 604 direkt betroffen.
- Rechtsextreme Jugendgruppen nähern sich vermehrt rechtsextremen Partei- und Szenestrukturen an und professionalisieren sich dadurch zunehmend.
- **Gender-Themen sind ein wichtiges Einfallstor zu rechtsextremen Gruppen:** Antifeminismus und Vorstellungen von „natürlicher" Männlichkeit und Weiblichkeit werden gezielt zur Ansprache junger Menschen genutzt.

Warum radikalisieren sich Jugendliche?

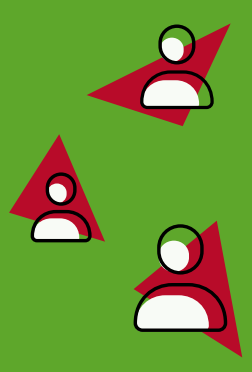
Radikalisierung ist ein Prozess. Besonders das soziale Umfeld hat einen wichtigen Einfluss: Familie, Freundeskreis und Schule – und immer häufiger auch Kontakte in sozialen Netzwerken und im digitalen Raum. **Anfänglich stehen dabei oft Bedürfnisse und nicht Ideologie im Vordergrund:** Der Wunsch nach Orientierung in einer komplexen Welt, Angebote von Gruppenzugehörigkeit oder das Erleben von Stärke und Handlungsfähigkeit können für junge Menschen ansprechend sein. Digitale Räume spielen dabei eine zentrale Rolle. Jugendliche finden dort Gleichgesinnte, werden mit rechtsextremen Inhalten und Feindbildern konfrontiert, schließen sich Gruppen an und verabreden gemeinsame Aktionen.

Die Gruppen bieten dabei auch mit Blick auf die Geschlechterrollen eine klare Orientierung: Männern und Frauen werden unterschiedliche Charaktereigenschaften zugeschrieben, die auf vermeintlich natürlichen Rollenbildern beruhen. Diese Rollen sind mit bestimmten Fähigkeiten und Funktionen innerhalb der Gruppe verknüpft. **Dabei wird ein Idealbild von Männlichkeit, dargestellt durch körperliche Stärke, Durchsetzungsvermögen und Willenskraft**, gezeichnet, während das **Idealbild von Weiblichkeit durch Care-Arbeit, Mutterschaft und das Erziehen des Nachwuchses** bestimmt wird. Dies vermittelt Identifikationsmöglichkeiten, scheinbare Klarheit und Stabilität und befriedigt so das Bedürfnis nach Orientierung.

Man kann zwischen Push- und Pull-Faktoren unterscheiden, die eine Radikalisierung begünstigen können:

Push-Faktoren sind individuelle Umstände, die eine Radikalisierung begünstigen können:

- fehlende Zugehörigkeit & sozialer Anschluss
- Gefühle von Ohnmacht & Verunsicherung
- rechtsextreme Deutungsmuster in Familie oder Freundeskreis



Pull-Faktoren sind rechtsextreme Angebote, die (junge) Menschen anziehen können:

- Gruppenzugehörigkeit
- Gefühle von Macht & (Gruppen-) Stärke
- Kontrolle & Handlungsmacht in Krisen
- Angebote rechtsextremer Subkulturen
- klare Geschlechterrollen

Die Faktoren allein führen jedoch nicht automatisch zu einer Radikalisierung: Entscheidend ist, ob persönliche Bedürfnisse und Krisenerfahrungen auf rechtsextreme Deutungs-, Zugehörigkeits- und Gewaltangebote treffen.

Du willst Rechtsextremismus nicht hinnehmen?

Unterstütze jetzt die kontinuierliche Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit einer Spende an die Amadeu Antonio Stiftung.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden

Amadeu Antonio Stiftung
GLS Gemeinschaftsbank eG
DE32 4306 0967 6005 0000 00

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Handlungsempfehlungen für gelingende Prävention:

- **Geschlechterreflektierende Bildungsarbeit ausbauen**, um antifeministische und queerfeindliche Denkmuster aufzubrechen und damit verbundene Diskriminierung abzubauen
- **Frühzeitig intervenieren und Ressourcen für Präventionsarbeit zur Verfügung stellen**
- **Regelstrukturen** wie Schulen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe **als Orte der demokratischen Wertevermittlung stärken**
- **Digitale Radikalisierung erkennen und unterbrechen**, indem Soziale Netzwerke als zentraler Sozialisationsraum anerkannt und der Umgang damit geschult wird
- **Sicherheit und Schutzkonzepte entwickeln**, denn aufgrund der Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene braucht es mehr Angebote zum Umgang mit Gefahrensituationen

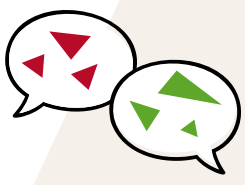
Geschlechterreflektierende Bildungsarbeit

- **Rechtsextreme Gruppen verstehen Geschlecht als natürliches Ordnungsprinzip:** Männern und Frauen werden durch ihr Geschlecht Aufgaben, Fähigkeiten und Rollen zugewiesen. Menschen, die dieser natürlich geglaubten Ordnung nicht entsprechen oder ihr nicht folgen (wollen), werden bedroht und Gewalt gegen sie gerechtfertigt.
- **Dahinter stehen antifeministische und queerfeindliche Denkmuster**, die demokratischen Idealen wie der grundsätzlichen Gleichheit oder dem Recht auf Selbstbestimmung widersprechen.
- Das Mobilisierungspotential und die hohe Gewaltbereitschaft rechtsextremer Jugendgruppen im Kontext von CSDs hat gezeigt: **Gerade unter jungen Menschen sind diese antifeministischen und queerfeindlichen Denkmuster besonders verbreitet.**

Früh richtig intervenieren

- Je früher Prävention ansetzt, desto besser: Regelstrukturen wie Schule oder Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollten sich nicht erst mit Rechtsextremismus befassen, wenn konkrete Vorfälle bekannt werden!
- Es ist wichtig, Präventionsstrategien und eine klare Haltung zum Thema Rechtsextremismus zu entwickeln. Dazu zählt auch, ein gemeinsames Verständnis im Umgang mit Rechtsextremismus im Kollegium zu schaffen – das stärkt den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit im Ernstfall!
- **Handlungsfähigkeit und demokratische Haltung an Schulen und unter Lehrkräften muss gefördert werden.** Schulen arbeiten auf Grundlage des Grundgesetzes und haben den Auftrag, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Lehrkräfte sollten darüber aufgeklärt und geschult werden, wie sie mit rechtsextremen Äußerungen und Verhaltensweisen umgehen können.
- **Parteipolitische Neutralität bedeutet nicht, keine klare Haltung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einnehmen zu dürfen!** Wo Schüler*innen rassistisch, antisemitisch, queerfeindlich oder aufgrund ihres Engagements bedroht werden, geht es nicht um eine politische Kontroverse, sondern um ihren Schutz. Schulen müssen hier handeln und dürfen Betroffene nicht mit Täter*innen alleinlassen.

Regelstrukturen: Schule, Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe



- Einrichtungen brauchen klare Verfahren für rechtsextreme Vorfälle. Wer dokumentiert Bedrohungen? Wer spricht mit Betroffenen? Wer informiert Eltern oder Sorgeberechtigte? Wann werden Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Mobile Beratung oder Betroffenenberatung hinzugezogen? Und wann erfordern konkrete Gewaltandrohungen oder Anschlagsplanungen die Einschaltung der Polizei? Solche Interventionsketten sollten geklärt sein, bevor ein Ernstfall eintritt.
- Über die bestehenden Beziehungen zu jungen Menschen bieten **Schulen einen wichtigen Zugang, um Radikalisierungsprozesse zu erkennen** und frühzeitig dagegen aktiv zu werden.
- Einzelne problematische Äußerungen, Symbole oder Posts sind noch kein Beleg für eine fortgeschrittene Radikalisierung. Entscheidend sind Kontext, Häufung und Veränderungen im Verhalten. Bei Unsicherheit sollten frühzeitig spezialisierte Beratungsstellen hinzugezogen werden.
- Schulen können durch Engagement, Verantwortungsübernahme und Mitbestimmung Möglichkeiten zur Selbstwirksamkeit für junge Menschen schaffen. Das Erleben der eigenen Handlungsfähigkeit verringert die Chance, dass junge Menschen sich ohnmächtig oder verunsichert fühlen. **Diese Erfahrungen können wichtig sein, um einer Radikalisierung vorzubeugen.**

Digitale Radikalisierung erkennen und unterbrechen

- **Das Internet und soziale Netzwerke sind zentrale Sozialisationsräume für junge Menschen** und müssen zu einer mündigen und souveränen Teilhabe an digitalen Räumen befähigt werden. Das heißt, sie müssen lernen, die Inhalte richtig zu verstehen, ihre Quellen zu überprüfen und sie gegen andere Informationen abzuwägen. Sie müssen über die Funktionsweise von Plattformen und Algorithmen aufgeklärt werden.
- Fachkräfte und Eltern sollten digitale Radikalisierungs- und Rekrutierungsstrategien erkennen können. Dazu gehören rechtsextreme Codes und Memes, Gewaltverherrlichung, die zunehmende Fixierung auf Feindbilder, die Vernetzung in geschlossenen Chatgruppen und Versuche, weitere Jugendliche für rechtsextreme Gruppen und Aktionen zu gewinnen.
- Politische Botschaften werden im digitalen Raum häufig über codierte Sprache verbreitet. (Junge) Menschen müssen befähigt werden, diese Codes zu erkennen, um auch in vermeintlich unpolitischen Inhalten die dort manchmal transportierten politischen Botschaften erkennen und einordnen zu können.
- Dafür müssen Möglichkeiten und Gesprächsangebote für junge Menschen geschaffen werden, um die **Einordnung und einen Austausch zu digitalem Content zu ermöglichen.**

Sicherheits- und Schutzkonzepte

- **Rechtsextreme Jugendgruppen sind gewaltbereit** und schrecken nicht vor Angriffen auf politische Gegner*innen zurück – entsprechend sind Sicherheits- und Schutzkonzepte unabdingbar.
- Menschen, die öffentlich gegen Rechtsextremismus einstehen, müssen sich der Gefahr bewusst, für mögliche Bedrohungen sensibilisiert und über Schutzmaßnahmen informiert sein.
- Sicherheitsbehörden und Politiker*innen müssen den **Schutz von politisch Engagierten, sowie von migrantischen und queeren Menschen als Priorität wahrnehmen.**
- Schutzkonzepte braucht es nicht nur für Demonstrationen und CSDs. Auch Schulen, Jugendclubs, alternative Jugendtreffs und andere Orte, an denen junge Menschen zusammenkommen, können Ziel rechtsextremer Einschüchterung und Gewalt werden. Schutzkonzepte müssen deshalb die konkrete Lebenswelt junger Betroffener berücksichtigen.